

Ausschuss-Beratungen am 4. März 2026 in Einfacher Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch.
Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 4. März 2026, ab 9:00 Uhr
gibt es wieder Ausschuss-Beratungen.
Die Sitzungen vom Salzburger Landtag können [live](#) angeschaut werden.
Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr.

TOP 1 (9:00 Uhr): Kopfverbot für Kammer-Präsident:innen

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Es gibt ein Gesetz:
Politiker und Politikerinnen sollen in bezahlten
Werbe-Anzeigen mit Steuergeld
nicht mit ihrem Gesicht auftreten.
Das nennt man Kopfverbot.

Die Antragsteller:innen sagen:
Das Gesetz zum Kopfverbot hat Lücken.
Manche Projekte
zeigen trotzdem große Politiker-Fotos.
Zum Beispiel: Wohn-Projekte mit Wohnbauförderung.

Außerdem:
Für Kammer-Präsident:innen gilt das Gesetz nicht.
Zum Beispiel für den Präsidenten der Arbeiter-Kammer
oder der Landwirtschafts-Kammer.

Sie können große Inserate mit ihren Gesichtern schalten.
Das kann ein Problem sein.
Zum Beispiel:
Wenn ein Kammer-Präsident gleichzeitig
Chef von einer Partei ist.

Die GRÜNEN fordern:

Das Kopfverbot soll auch für Kammer-Präsident:innen gelten.

Das Gesetz soll strenger und klarer werden.

TOP 2 (10:00 Uhr):

Schutz-Zonen vor Kliniken für Schwangerschafts-Abbrüche

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch

im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Im Antrag steht:

In Salzburg gibt es nur eine Klinik für Schwangerschafts-Abbrüche.

Das macht den Zugang schwer.

Außerdem:

Vor den Kliniken gibt es oft Belästigungen.

Frauen werden angesprochen.

Sie werden belästigt.

Die KPÖ PLUS fordert:

Im Gesetz soll geregelt werden:

Einrichtungen brauchen sichere Schutz-Zonen.

Frauen sollen ohne Angst hinein- und hinausgehen können.

Niemand soll belästigt oder genötigt werden.

In der Zone soll verboten sein:

unerwünschtes Ansprechen, Belästigung,

Plakate und Bilder zur Abschreckung.

Außerdem soll es keine Kundgebungen geben,

die den Zugang behindern.

TOP 3 (10:30 Uhr):

Kurzzeit-Pflege

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch

im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

Die Antragsteller:innen sagen:

Pflegende Angehörige brauchen Entlastung.

Kurzzeit-Pflege hilft dabei.

Es gibt ein Problem:
Es gibt KEINE gute Übersicht über freie Plätze.

Die SPÖ fordert:
Es soll eine gute Übersicht geben.
Sie soll freie Plätze anzeigen.
Sie soll eine einfache Buchung ermöglichen.
Zum Beispiel mit einer digitalen Plattform für ganz Salzburg.
Sie soll so funktionieren wie die neue Apotheken-App.

Warum?
Die digitale Plattform soll Angehörige,
Pflege-Einrichtungen und Krankenhäuser unterstützen.

TOP 4 (11:00 Uhr): Keine Pflicht zu Billig-Preisen in der Gastronomie

Der Antrag von FPÖ und ÖVP wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Im Antrag steht:
Gasthäuser und Restaurants sind wichtig
für die Wirtschaft,
für die Kultur und
für das Zusammenleben.

Viele Gastronomie-Betriebe haben Probleme.
Sie haben hohe Kosten.
Es gibt viel Bürokratie.
Sie haben zu wenig Personal.

Die FPÖ fordert:
Die Politik soll die Gastronomie entlasten.
Der Staat soll nicht vorschreiben,
was auf der Speisekarte steht.
Er soll nicht vorschreiben,
was das Essen genau kosten darf.

Warum?
Es gibt einen Vorschlag für Regeln in der Gastronomie.
Zum Beispiel:

Lokale sollen sehr günstige Speisen anbieten müssen.
Das Essen soll einen bestimmten Preis haben.

Die Antragsteller sagen:
Solche Regeln bringen die Betriebe in Schwierigkeiten.
Sie senken vielleicht die Qualität.

TOP 5 (11:30 Uhr): Regeln für öffentliche Aufträge

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert:

Für öffentliche Aufträge gelten es in Österreich
die gleichen Regeln.
Aber jedes Bundesland hat eigene Regeln
für das Nachprüfungs-Verfahren.
Das macht es kompliziert.

Die ÖVP fordert:
Es soll ein einheitliches Nachprüfungs-Verfahren
für ganz Österreich gelten.
Das soll Bürokratie verringern.
Für Wirtschaft und Auftraggeber soll es leichter werden.
Firmen wollen einfache und gleiche Regeln.

TOP 6 (14:00 Uhr): Kosten für Medikamente

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert:

Viele Medikamente werden nicht ganz verwendet.
Viele Medikamente werden weggeworfen.
Ungefähr die Hälfte von den Medikamenten.

Viele Menschen kennen den echten Preis von Medikamenten nicht.
Sie wissen nicht,
dass Medikamente teuer sind.

Sie kennen nur die Rezept-Gebühr.
Die Rezept-Gebühr ist ungefähr 8 Euro.

Die ÖVP fordert:
Auf Rezepten und Rechnungen soll der echte Preis stehen.
So verstehen Patientinnen und Patienten den Wert besser.
Das schafft mehr Klarheit
und kann Verschwendung verringern.

TOP 7 (14:30 Uhr): NoVA für Pick-up-Fahrzeuge

Der Antrag der FPÖ wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert:

Die NoVa ist eine Steuer.
Es gibt Regelungen zur Befreiung von der NoVA.
Sie gilt zum Beispiel für Pick-up-Fahrzeuge.
Die Regeln sagen:
Die Fahrzeuge müssen zur Güter-Beförderung verwendet werden.
Der Pick-up ist für Arbeit und Transport bestimmt.
Die Fahrzeuge müssen eine einfache Ausstattung haben.

Das ist ein Problem für Betriebe.
Bestimmte Betriebe brauchen oft Pick-up-Fahrzeuge.
Zum Beispiel am Bau oder in der Landwirtschaft.

Aber:
Moderne Pick-ups haben Standard-Ausstattung.
Zum Beispiel:
beheizbare Scheiben oder
ein Multifunktions-Lenkrad.

Deshalb müssen die Betriebe NoVA zahlen.

Die FPÖ fordert:
Die Regeln sollen an die moderne Technik angepasst werden.
Es sollen bessere und praktische Regeln gelten.

TOP 8 (15:30 Uhr): Fahrten zu Berufsschulen

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen](#) diskutiert:

Schüler:innen und Lehrlinge in Salzburg
bekommen eine s'COOL-Card.
Das ist ein günstiges Ticket für die Fahrt zur Schule.

Viele Lehrlinge müssen für die Berufsschule
in ein anderes Bundesland fahren.
Manchmal gibt es eine Unterstützung bei den Kosten.
Aber oft werden die Fahrtkosten nicht bezahlt.

Die SPÖ fordert:
Die Lehrlinge sollen unterstützt werden.
Sie sollen ihre Fahrtkosten ersetzt bekommen.

TOP 9 (16:00 Uhr): Hebammen-Beratung im e-Eltern-Kind-Pass

Der Antrag der KPÖ Plus wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert:

Im Antrag steht:
Hebammen helfen Schwangeren früh und gut.
Das ist wichtig für die Gesundheit von Mutter und Kind.

Fachleute sagen:
Die Beratung soll verpflichtend sein.
Dafür sind mehr Hebammen notwendig.
Es gibt mehr Plätze für die Ausbildung.

Die KPÖ PLUS fordert:
Die Beratung soll im neuen e-Eltern-Kind-Pass verpflichtend sein.
Alle Schwangeren sollen die Beratung leicht bekommen.

Es soll genug Hebammen geben.
Termine sollen flexibel sein.
Die Arbeit soll fair bezahlt werden.

Es soll eine Info-Kampagne geben:
Jede Schwangere hat das Recht auf Beratung.
Es soll keine Strafen geben.

TOP 10 (16:30 Uhr): Geschlechter-gerechte Klima-Politik

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert:

Die Antragsteller:innen sagen:
Der Klimawandel trifft Frauen besonders.
Warum?
Frauen verdienen oft weniger.
Sie leisten viel Sorge-Arbeit.

Die GRÜNEN fordern:
Die Klima-Politik soll Frauen besser berücksichtigen.
Der Masterplan Klima + Energie 2030 soll angepasst werden.

Außerdem:
Mehr Frauen sollen über Klima und Energie mitentscheiden.

Der neue Hitzeschutzplan
soll die Bedürfnisse von Frauen beachten.

Außerdem:
Es soll Förderungen geben für kühle Wohnungen.
Besonders in sozialen Wohnbauten
und wo viele Frauen leben.

Es soll mehr Unterstützung für Sanierungen geben.
Mit Sanierungen kann man Energie sparen.

Öffentliche Verkehrsmittel sollen sicherer sein.
Sie sollen besser erreichbar werden.
Besonders in der Nacht und in ländlichen Regionen.

Frauen sollen für Ausbildungen in Klimaberufen unterstützt werden.
Frauen mit wenig Geld sollen Zuschüsse bekommen.
Zum Beispiel für E-Bikes. .

Wörterbuch:

Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

NoVa:

NoVa ist die Abkürzung für Normverbrauchs-Abgabe.
Die NoVa ist eine Steuer.

TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungspunkt.
Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jeder Tagesordnungspunkt ist ein eigenes Thema.

Tagesordnungspunkt:

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jede Sitzung ist in Tagesordnungspunkte eingeteilt.
Jeder Tagesordnungspunkt bekommt ein eigenes Thema.
Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungspunkt diskutiert.

Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen.
Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten.
Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen.
Zum Beispiel:
zum Thema Soziales
oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtagsausschuss wird alles genau besprochen.
Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.
Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.

Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum.
Beim Plenum treffen sich alle Abgeordneten.

Die Parteien:

FPÖ:

FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.

GRÜNE:

Die Grünen

KPÖ PLUS:

KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs.
Plus heißt mehr.

ÖVP:

ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.

SPÖ:

SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Die Ausschüsse:

Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur:

Hier werden Themen besprochen,
die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen,
die mit der Zusammenarbeit von Österreich
und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau.
Zum Beispiel:
Planungen für den Öffentlichen Verkehr
oder für neue Straßen
oder für das Internet.

Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheit gesprochen.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge,
die man zum Leben braucht gesprochen,
zum Beispiel das Wasser oder die Luft.

Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen.
Es geht um Fragen,
wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge,
die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten,
wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanz-Überwachungsausschuss:

Hier wird überprüft,
ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Petitionsausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.

Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-Ausschuss

Es geht um Meldungen,
die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen.
Es soll alles transparent sein.
Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitätsausschuss geht es
um das Ersuchen von Behörden.
Zum Beispiel von der Bundes-Polizeidirektion.
Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung
von Abgeordneten.

Verfassungs- und Verwaltungsausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.

Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst. Teile des Textes wurden mit KI-Unterstützung erstellt.

Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von [capito Graz](#) als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

Weitere Informationen über den [Salzburger Landtag in Leichter Sprache](#)

Für Leichte Sprache gelten genaue Regeln. [Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim](#)

Bei Einfacher Sprache steht die Verständlichkeit im Vordergrund. Mit Texten in Einfacher Sprache können sich viele Menschen informieren. Die Sätze sind kurz. Fremdwörter werden vermieden. Fachbegriffe werden erklärt.